

1.0. JAN



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/7 - 9. Januar 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 1a	<u>Das Referendum in Frankreich</u> Ausdruck der Hoffnung auf baldigen Frieden in Algerien	60
2 - 3	<u>Türkei am Scheideweg</u> "Endphase" der Revolution? Von Dr. Basil Mathiopoulos	64
4 - 5	<u>Sparsamkeit am falschen Platz</u> Schlechte Zahlungsmoral der USA-Stationierungstreitkräfte Von Ithar Schwartz, Mainz	101
6	<u>Luftschutz ohne Resonanz</u> Wesentlicher Grund: Regierung nimmt ihre Forderungen selbst nicht ernst	25
6	<u>Noch fehlt der Name...</u> Schwierige Fusionsbildung DP-BHE	18

* * * * *

Das Referendum in Frankreich

Ausdruck der Hoffnung auf baldigen Frieden in Algerien

sp- Der Erfolg des französischen Staatspräsidenten de Gaulle beim Referendum über seine Vorstellungen zur Lösung des Algerienproblems bietet unserem westlichen Nachbar die Chance, die seit Jahren blutende Wunde an seiner Südflanke heilen zu können. De Gaulle hatte an die Nation appelliert, ihm Vertrauen zu schenken; die Nation hat mit "JA" geantwortet.

Es ist kaum anzunehmen, dass die rund 76 Prozent Ja-Stimmen im Mutterlande ein Vertrauensvotum für die Politik de Gaulles als Ganzes darstellen. Bei den JA-Wählern gibt es sehr viele, die sicher "NEIN" sagen würden, wenn sie über de Gaulles Europa-Politik, über seine Pläne zur Entwicklung einer eigenen französischen Atomkraft und sein besonderes Verhältnis zum Atlantik-Bündnis abstimmen sollten. Aber sicher dürfte sein, dass eine kompakte Mehrheit der französischen Wähler den Staatspräsidenten in seinem Willen unterstützt, den Algerienkrieg so schnell wie möglich zu beenden und den Algeriern das Selbstbestimmungsrecht zu geben.

Die Problematik des Abstimmungsergebnisses in Algerien selbst ist offenkundig. Hier war nicht nur der Druck der algerischen Befreiungsbewegung (FLN), sondern auch die alles überschattende NEIN-Propaganda der Algerien-Franzosen bestimmend. Und doch bleibt es bemerkenswert, dass in den ländlichen Gebieten Algeriens der Anteil an JA-Stimmen über Erwarten gross ist.

Im Mutterland -also in Frankreich selbst- war durch Meinungsumfragen ein Wahlergebnis von 60-65 Prozent JA-Stimmen vorausgesagt worden. Auch die Wahlbeteiligung hatten die Meinungsbefrager niedriger geschätzt. Zwar hat de Gaulle im Verhältnis zum Volksentscheid im September 1958 fast zweieinhalb Millionen Stimmen weniger erhalten; das lässt darauf schliessen, dass seine Person und seine Politik heute nicht mehr über den gleichen Kredit verfügt, wie damals.

9. Januar 1961

Trotzdem bleibt bemerkenswert, dass weder die Kommunisten noch die Rechtsradikalen in ihren Hochburgen imstande waren, ihre Stammwähler zur Befolgung der mit grossem Propagandaaufwand herausgebrachten NEIN-Parole zu bewegen. Auch die unabhängigen Sozialisten und jene Gruppen von Links-Intellektuellen, die de Gaulle für eine liberale Algerienpolitik keinen Kredit mehr geben wollten, wurden von ihren Anhängern im Stich gelassen.

Die Sozialistische Partei Frankreichs (SFIO), die sich bekanntlich auf einem Ausserordentlichen Parteitag kurz vor Weihnachten 1960 für das "JA" ausgesprochen hatte, konnte in diesem Sinne besonders ihre Anhänger im Norden des Landes und in Marseille mobilisieren. Sie hat damit den Erfolg de Gaulles gesichert, ohne die Bevölkerung jedoch im unklaren darüber zu lassen, dass sich ihr "JA" nur auf die Algerienpolitik des Staatspräsidenten, nicht aber auf seine Europapolitik, Sozial- und Wirtschaftspolitik bezieht.

Das erste Meltecho auf das Ergebnis des Algerienreferendums ist positiv. Allenthalben wird erwartet, dass der französische Staatspräsident auf der Grundlage des ihm vom Volke dargebrachten Vertrauensvotums nunmehr ernsthafte Schritte unternimmt, um seine Vorstellungen in politische Realität umzusetzen. Es kann nach diesem Sonntag sein, dass de Gaulle von einigen unabhängigen afrikanischen Staaten jetzt eine offene Hilfe bei Vermittlungen zwischen dem FLN und der französischen Regierung erhält. Gegen Putschversuche rechtsradikaler französischer Elemente in Algerien hat sich de Gaulle gesichert. Ein Teil der französischen Mittelmeerflotte kreuzt vor der nordafrikanischen Küste und ist bereit, im äussersten Falle in Algerien einzugreifen.

Schon die nächsten Tage dürften zeigen, ob die französischen Wähler, die dem Staatspräsidenten wieder einmal ihr Vertrauen geschenkt haben, kaffen dürfen, in ihren Erwartungen nicht enttäuscht zu werden.

Türkei am Scheideweg

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Am 6. Januar trat in Ankara zum ersten Mal nach der Ablösung des Regimes Menderes im März vergangenen Jahres die neue verfassunggebende Versammlung der Türkei zusammen. Das neue politische Forum, bestehend aus einem Ober- und einem Unterhaus, zählt insgesamt 273 Abgeordnete, die von der Militärjunta des Generals als Vertreter der einzelnen Landesbezirke ausgesucht worden waren. Ziel ist der Entwurf einer neuen Verfassung, die das Werk Atatürks fortführt und das Fundament für die kommende zweite Republik der Türkei schaffen soll. Zunächst obliegt den Repräsentanten des Volkes jedoch die Formulierung und Ratifizierung eines Wahlgesetzes, das die erforderlichen Voraussetzungen für die eigentlich ersten freien Wahlen des Landes erbringen soll. General Gürsel hat sich mit seiner Autorität dafür verbürgt, daß diese Wahlen bis spätestens 29. Oktober dieses Jahres stattfinden werden. Er will so die beim Umsturz angekündigte und versprochene demokratische Neuordnung in verbindliche Bahnen lenken.

Die überwiegende Mehrheit der einberufenen Versammlung, nämlich 222 Abgeordnete, gehören zur "Republikanischen Volkspartei" des früheren Ministerpräsidenten Ismet İnönü; 25 sind Mitglieder der "Demokratischen Bauernpartei" und die restlichen 26 bezeichnen sich als Unabhängige. Nichts zeigt deutlicher als dieses Zahlenverhältnis, wie entscheidend die Marschroute İnönüs künftig sein wird. Es wird jedoch nicht genügen, wenn der erfahrene Fuchs nur leise politische Fäden spinnt, wo es gilt, aus der Wirrmis der Vergangenheit eine Rollbahn ins demokratische Neuland zu stampfen.

Staatsoberhaupt Gürsel, und gleichzeitiger Chef der provisorischen Übergangsregierung, stellte am 5. Januar ein neues Kabinett vor. Auf der neuen Liste erscheint er selbst als der einzige Vertreter jener Militärkreise, die einen Schlußstrich unter die korrupten

9. Januar 1961

Verhältnisse des Regimes wendeter setzen. Äußerlich gesehen könnte dieser Akt der Bescheidenheit den Eindruck erwecken, als habe die Vernunft über die Leidenschaft gesiegt und General Gürsel in staatsmännisch weiser Voraussicht den Politikern das Übergewicht über die Militärs sichern wollen. Es taucht jedoch die Frage auf, inwieweit diese Entwicklung ohne Hintergedanken eingeleitet wurde, und ob sie ein Fundament hat.

Die jetzige Ausklammerung der Militärs von der Regierungsverantwortung verrät einen nicht unwichtigen Nebenakzent: Gürsel versteht es, rechtzeitig die unruhigen und vorwärtsstrebenden Elemente in den eigenen Reihen zu isolieren. So fing er im Herbst vergangenen Jahres die Opposition jüngerer Offiziere ab, die eine neutralistische Politik auf ihre Fahnen geschrieben hatten und betraute sie mit minderwertigen Gesandtschaftsposten im Ausland. Demnach bleibt abzuwarten, ob das Kräfteverhältnis des neuen Kabinetts sich als gesund erweist und somit die erforderlichen Voraussetzungen mit sich bringt, um die augenblickliche Phase als Basis für eine Normalisierung der Verhältnisse ansprechen zu können.

Mit einem Wort: Wird die Stimme der einzelnen Ressortchefs der Macht des Generals gleichwertig sein? Bedeutungsvoll wird es sein, ob der General nach seinen einschneidenden Maßnahmen weiterhin überhaupt als der Repräsentant des Militärs angesprochen werden kann. Mit dieser Ungewissheit verbindet sich immerhin die Möglichkeit, dass eines Tages ein anderer starker Mann der Armee - denn diese ist und bleibt der kräftigste, realpolitische Faktor in der Türkei - die Interessen der Demokratie wahren will und die politischen Initiative ergreift.

Ausschlaggebend für die Zukunft des Landes wird sein, ob die von General Gürsel einberufene konstituierende Versammlung sich gegen die überschneidenden Tendenzen der verschiedenen Machtfaktoren durchsetzen können und ihre demokratischen Möglichkeiten ausnützt, oder ob sie zum Spielball im politischen Ränkespiel degradiert wird.

Sparsamkeit am falschen Platz

L. Sch. - Mainz

Ebenso merkwürdig wie unerfreulich sind die Blüten, die in den letzten Wochen in Süd- und Südwestdeutschland die vieldiskutierten Sparbefehle des noch amtierenden US-Präsidenten Eisenhower an die amerikanischen Stationierungstreitkräfte in Übersee getrieben haben. Nicht weniger als 19 Städte in den Bundesländern Rheinland-Pfalz, Württemberg-Baden und Bayern haben Grund, die schlechte Zahlungsmoral der US-Armee anzuprangern.

Die zuständigen Stellen der US-Stationierungstreitkräfte weigern sich nämlich, die ihnen zugehenden Gebührenrechnungen für kommunale Lieferungen auf den Sektoren der Energieversorgung wie auch Dienstleistungen bei der Abwasserbeseitigung überhaupt oder in der vollen Höhe zu bezahlen. Sie fühlen sich angezogen überverrechnet, obwohl sie die im Truppenvertrag verankerten Vergünstigungen für vergleichbare deutsche Großabnehmer von Stadtwerken in vollem Umfange genießen.

Bei der Stadt Kaiserslautern steht die US-Armee mittlerweile allein an Abwassergebühren, die ihr satzungsgerecht berechnet worden sind, mit über 100 000 DM in der Kreiße. Die Verwaltung dieser größten NATO-Garnison in Europa wartet daneben auch noch auf einige zehntausend DM an Stromgebühren und sieht einem von den Amerikanern angestrebten Verfahren beim Landeskartellamt entgegen, mit dem die US-Armee trotz verbindlicher Demarkationsabmachungen zwischen dem pfälzischen Energieunternehmen "Pfalzwerke Ludwigshafen" und den Städten die Direktbelieferung und -abrechnung mit den "Pfalzwerken" erzwingen möchte. Der Gasanstalt Kaiserslautern schließlich wurde von den militärischen Abnehmern neuerdings lakonisch mitgeteilt, ihre Rechnungen seien zu hoch und würden nur zu 80 Prozent beglichen.

Deutsches Recht verletzt

Kaiserslauterns Oberbürgermeister Dr. Walter Sommer (SPD) sah sich angesichts dieser Situation veranlaßt, in einem Brief an das rheinland-pfälzische Ministerium für Wirtschaft und Verkehr eindeutig festzustellen, daß die US-Armee mit solchen Praktiken nicht nur das bisherige gute Verhältnis zwischen Stationierungstreitkräften und deutschen Kommunen empfindlich beeinträchtigt sondern auch eindeutig gegen deutsches Recht verstößt. Die zuständigen Offiziere und führenden US-Zivilangestellten handelten dabei offenbar im Gewissen, dass Zahlungsforderungen an die Stationierungstreitkräfte bei keinem deutschen Gericht einschlagt werden können. Es sei auch unverkennbar, dass sie mit dieser unfairen Taktik, die über kurz oder lang zu einer substanziellen Gefährdung der betroffenen kommunalen Unternehmen führen müsse, die Preise zu drücken gedanken. Sie seien auch offenbar der Zuversicht, dass die geprellten Städte und Gemeinden aus dem Bewusstsein der NATO-Partnerschaft heraus vor der möglichen Einstellung kommunaler Lieferungen und Dienstleistungen an die US-Streitkräfte zurückzukehren werden.

Erinnern schon solche Methoden an längst vergangene gebläbte Besatzungszeiten, bahnt sich doch zur Zeit der gravierendsten "Rückfall" in diese Ära auf dem sozialen Sektor an. Rund 1 100 deutsche Arbeitnehmer in der großen Munitionsdepots der US-Armee in Miesau und

Weilerbach in der Pfalz sollen eine Neuregelung ihrer Gehaltszulage hinnehmen, die für 30 Prozent von ihnen den völligen Fortfall und für die restlichen 70 Prozent eine Reduzierung dieser Bezüge um mindestens 50 Prozent bedeuten würde. Trotz der in Zusatzbestimmungen zum Tarifvertrag vom 28. Januar 1955 verankerten Richtlinien für diese Zuschläge, die sich bisher zwischen 0,40 und 1,-- DM pro Arbeitsstunde bewegen, bemühen sich die Amerikaner eine für die Arbeitnehmer nachteilige Änderung durchzusetzen. Nur dem besonnenen Betriebsrat der beiden Depots war es in den zurückliegenden drei Monaten zu danken, daß die Belegschaft ruhig blieb und es bei einem kurzen Warnstreik bewenden ließ.

Streikgefahr

Die Antastung ihres sozialen Besitzstandes, wozu die US-Armee nach zuverlässigen Informationen entschlossen ist, würde jedenfalls sofortige Streikgefahr bedeuten.

Die von leitenden deutschen Angestellten "beratenen" verantwortlichen US-Offiziere möchten sich vor dem Hintergrund des Eisenhower-Sparappells offenbar eine Beförderung oder Solobigung aus Washington verdienen, die auf dem Rücken deutscher Arbeitnehmer erworben werden soll. Wider besseres Wissen werden in den durch Änderungskündigungen mitgeteilten neuen Richtlinien für die Gewährung einer Gefahrenzulage die Gefahrenmomente in den ausgedehnten Sperrzonen der beiden Depots verniedlicht. Infanterie- und sonstige kleinkalibrige Munition erscheinen plötzlich auf der Liste der "harnlosen" Lagerbestände". Ein Raketenreibstoff, der nahezu die Explosivität von Nitroglycerin erreicht und für die mit seiner Wartung und Kontrolle beschäftigten Arbeitskräfte automatisch mit den höchsten Gefahrenzulagen verbunden war, wird in die gleiche Kategorie eingestuft. Zudem soll nur noch der direkte Umgang mit Granaten und sonstigen Sprengstoffen als gefährlich anerkannt werden, während der etwas abseits stehende Munitionsarbeiter nach neuester amerikanische Version genau so sicher ist wie in seinem Schrebergarten.

Diese US-Sparsamkeit am falschen Platze stellt sich als makabrer Witz dar, wenn man die sachverständige Feststellung unterbreitet bekommt, dass die Struktur der beiden Depots und die Anordnung ihrer vieler hundert Bunker bei einem Zwischenfall wie Brand, Blitzschlag oder Explosion für jeden Menschen, der sich zu diesem Zeitpunkt an irgendeinem Punkt der Sperrzonen aufhält, eine nicht zu bestreitende Gefährdung von Leben und Gesundheit bedeutet. Hinzu kommt die Tatsache, daß es mehrere Versicherungsgesellschaften schon vor geraumer Zeit abgelehnt haben, die Risiken dieser Beschäftigungsverhältnisse abzudecken. Nach eingehender Prüfung stellten sie versicherungstechnisch die Tätigkeit der Munitionsarbeiter von Wiesau und Weilerbach mit der Berufsausübung von Artisten auf eine Stufe.

Eine Aufgabe Bonn

Enttäuschend und bestürzend muss auch die Ablehnung der US-Armee wirken, für die beiden Munitionsdepots die Tarife der Bundeswehr für vergleichbare Einrichtungen und Tätigkeiten zu übernehmen. Wo bleibt hier die oft zitierte NATO-Partnerschaft? Nicht nur in Interesse der 7 100 deutschen Arbeitnehmer, sondern gerade auch unter diesem Blickwinkel sollte die Bundesregierung in dieser Angelegenheit bei den zuständigen US-Kommandeuren in Europa vorstellig werden und den ihr innewohnenden sozialen und psychologischen Zündstoff entschärfen.

Luftschutz ohne Resonanz

sp- Die Frauen und Männer, die sich dem Dienst beim freiwilligen Luftschutz und dem Bundesluftschutzverband gewidmet haben, klagen immer lauter darüber, dass es die Bevölkerung an jener Bereitschaft zur Mitarbeit fehlen lasse, ohne die der zivile Bevölkerungsschutz unwirksam bleiben müsse. Ihnen begegnet, so sagen sie, immer wieder das Argument, in einem Krieg mit Atombomben sei ohnehin jeder Luftschutz problematisch und überdies nehme die Bundesregierung dem Luftschutz offensichtlich selber nicht ernst, da sie für Luftschutzzwecke nur Bruchteile jener Geldmittel zur Verfügung stelle, die der militärischen Verteidigung zufließen. - Tatsächlich will die Bundesregierung 1961 für die militärische Landesverteidigung je Einwohner rund 30 DM ausgeben, während für den zivilen Bevölkerungsschutz nur jeweils eine Mark zur Verfügung gestellt werden soll. Sie hat die alljährliche von der Opposition vorgetragene Forderung, den Bevölkerungsschutz nicht "mit der linken Hand" zu betreiben und sich ihn ernsthafter und wirkungsvoller zu widmen, wieder unberücksichtigt gelassen. Sie hat zwar die für den Luftschutz vorgesehenen Beträge für 1961 etwas erhöht, aber nirgendwo wird bezweifelt, dass sie gleichwohl von dem weit entfernt sind, was als das Minimum einer ausreichenden Schutzpolitik angesehen werden könnte. - In Krisen der Opposition in Bonn wird deshalb das offenkundige Desinteresse der Bevölkerung an Fragen des Luftschutzes zwar bedauert, aber andererseits doch auch verstanden. In diesen Kreisen glaubt man, dass eine wirksame Organisation des Bevölkerungsschutzes nur möglich ist, wenn die Regierung die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellt.

+ + +

Noch fehlt der Name...

sp- In aller Stille haben am vergangenen Wochenende in Kassel bevollmächtigte Vertreter des BHE und der DP über die schon lange beabsichtigte Fusionierung beider politischen Gruppen beraten. Weit scheint man noch nicht gekommen zu sein, schon bei der Namentnennung gibt es Schwierigkeiten. Als eine bisher noch unübersteigbare Barriere erweist sich die Einigung auf bestimmte politische Grundsätze. Die Berufung auf konservatives Gedankengut dürfte wohl kaum genügen, um den begehrten Wähler dafür zu erwärmen. Es fiel auf, dass bei der Kasseler-Besprechung die Vertreter des Landesverbandes Niedersachsen der DP fehlten, des stärksten Verbandes, ohne den die Fusionierung ein Torso wäre. Einig sind sich beide Gruppen nur in dem Ziel, durch ein Zusammengehen bei den kommenden Bundestagswahlen die Hürde der Fünf-Prozent-Klausel zu überwinden, jede Gruppe würde im Alleingang daran scheitern. - Wie es nicht anders bei der Fusionierung grundverschiedener politischer Kräfte sein kann, spielen auch persönliche Rivalitäten eine große Rolle, sie zu bereinigen, scheint hier schwieriger zu sein als die Erarbeitung von Einigungsformeln. Dies erklärt den schleppenden Gang der Fusionsverhandlungen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel